

Bündnis STADTFIEBER fordert klima- und umweltfreundliche Politik in Offenbach

Ein loses Bündnis mehrerer Initiativen, Umweltschutzorganisationen und engagierter Bürgerinnen und Bürger haben sich nach mehreren digitalen Treffen zu einem losen Bündnis zusammengeschlossen, das unter der Bezeichnung STADTFIEBER gemeinsam gegen die Überhitzung, Verlärmung und Luftverschmutzung Offenbachs verstärkt vorgehen will. Unter anderen zählen dazu Vertreterinnen und Vertreter von adfc, Nabu, F4F, VCD, Stadtbiotop, Radentscheid, Offenbach Plastikfrei, Natürlich Bieber Waldhof, DGB Hessen-Thüringen, Verkehrsberuhigung Frankfurter Straße, Lokale Agenda 21 und BUND.

Auf ganz unterschiedlichen politischen Feldern haben sie bereits in der Vergangenheit mit Aktionen auf Missstände einer versäumten Klima- und Umweltpolitik der politisch Verantwortlichen hingewiesen. Nun wollen sie mit Ihrem solidarischen Handeln und ihrer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit mehr Kraft entwickeln, damit die Stadt bis 2035 die nachhaltigen Ziele der Klimaneutralität und der gelungenen Verkehrswende vollzogen hat. Dafür sind unserer Auffassung nach Partei- und Koalitionsgrenzen nicht bestimmend, sondern alle müssen dafür in einen Wettbewerb der Ideen eintreten, aus dem konstruktive Vorschläge für ein beschleunigtes Vorgehen hervorgehen.

Schnell zu fassende Beschlüsse wären am Anfang der neuen Legislaturperiode, dass

- auf allen in Magistratsvorlagen zur Abstimmung gestellten Vorhaben zum Beispiel die geschätzten Kosten für das Sozial- und Ökosystem der Stadt vermerkt,
- der Masterplan den Anforderungen einer zu verändernden Klima-, Umwelt-, Kultur- und Infrastrukturpolitik angepasst und
- ein strengeres Parkraumbewirtschaftungskonzept nicht nur die Stadtluft, sondern auch den städtisch klammen Haushalt verbessern würde.

Besondere Empörung hat bei dem letzten Treffen der „BI für ein lebenswertes Offenbach“ die Wiederaufnahme der Planung einer Verlängerung der B 448 hervorgerufen. Mit einem noch vor der letzten Stadtverordnetenversammlung gemeinsam verfassten und an den Oberbürgermeister Dr. Felix Schwenke, die Magistratsmitglieder und die Stadtverordnetenfraktionen gerichteten „Offenen Brief“ machen sie auf die „verheerenden Folgen“ für die betroffenen Ökosysteme und Menschen in der Stadt lebenden Menschen aufmerksam und fordern umgehend eine Bürgerversammlung, damit die damit sich stellenden Fragen öffentlich diskutiert werden können.